

## Internationales Übereinkommen über den Festlandsockel

Abgeschlossen in Genf am 29. April 1958  
Von der Bundesversammlung genehmigt am 14. Dezember 1965<sup>2</sup>  
Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 18. Mai 1966  
In Kraft getreten für die Schweiz am 17. Juni 1966  
(Stand am 23. September 2016)

---

*Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens  
haben folgendes vereinbart:*

### Art. 1

Im Sinne dieser Artikel bezeichnet der Ausdruck «Festlandsockel» a. den Meeresgrund und den Meeresuntergrund der an die Küste grenzenden Unterwasserzonen ausserhalb des Küstenmeeres bis zu einer Tiefe von 200 Metern oder darüber hinaus, soweit die Tiefe des darüber befindlichen Wassers die Ausbeutung der natürlichen Reichtümer dieser Zonen gestattet; b. den Meeresgrund und den Meeresuntergrund der entsprechenden an die Küste von Inseln grenzenden Unterwasserzonen.

### Art. 2

1. Der Küstenstaat übt die Erforschung des Festlandsockels und für die Ausbeutung seiner natürlichen Reichtümer Hoheitsrechte über denselben aus.
2. Die in Absatz 1 bezeichneten Rechte sind insoweit ausschliesslich, als niemand ohne ausdrückliche Zustimmung des Küstenstaates den Festlandsockel erforschen, seine natürlichen Reichtümer ausbeuten oder Ansprüche auf ihn geltend machen darf, auch wenn der Küstenstaat selbst die Erforschung oder Ausbeutung unterlässt.
3. Die Rechte des Küstenstaates an dem Festlandsockel hängen weder von einer tatsächlichen oder angenommenen Besitzergreifung noch von einer ausdrücklichen Erklärung ab.
4. Die in diesen Artikeln erwähnten natürlichen Reichtümer umfassen Mineralien und sonstige anorganische Bodenschätze des Meeresgrundes und des Meeresuntergrundes sowie sesshafte Lebewesen, das heisst solche, die während des Stadiums, in dem sie gefischt werden können, entweder unbeweglich auf oder unter dem Meeresgrund verbleiben oder sich nicht ohne ständige körperliche Berührung mit dem Meeresgrund oder dem Meeresuntergrund fortbewegen können.

AS 1966 1003; BBl 1965 II 1

<sup>1</sup> Übersetzung des französischen Originaltexts.

<sup>2</sup> Art. 1 Abs. 1 Bst. d des BB vom 14. Dez. 1965 (AS 1966 973)

**Art. 3**

Die Rechte des Küstenstaates an dem Festlandsockel berühren weder die Rechtsstellung der darüber befindlichen Gewässer als Hohe See noch die Rechtsstellung des Luftraums über diesen Gewässern.

**Art. 4**

Der Küstenstaat darf das Legen und die Unterhaltung von Unterwasserkabeln oder -rohrleitungen auf dem Festlandsockel nicht behindern; sein Recht, angemessene Massnahmen zur Erforschung des Festlandsockels und zur Ausbeutung seiner natürlichen Reichtümer zu treffen, bleibt unberührt.

**Art. 5**

1. Die Erforschung des Festlandsockels und die Ausbeutung seiner natürlichen Reichtümer dürfen die Schifffahrt, den Fischfang und die Erhaltung des biologischen Reichtums des Meeres nicht in ungerechtfertigter Weise behindern und grundlegende ozeanographische oder sonstige wissenschaftliche Forschungen nicht beeinträchtigen, deren Ergebnisse zur Veröffentlichung bestimmt sind.

2. Vorbehaltlich der Absätze 1 und 6 ist der Küstenstaat berechtigt, auf dem Festlandsockel die zu seiner Erforschung und zur Ausbeutung seiner natürlichen Reichtümer erforderlichen Anlagen und sonstigen Vorrichtungen zu erstellen, zu unterhalten und zu betreiben, im Umkreis um diese Anlagen oder Vorrichtungen Sicherheitszonen zu errichten und darin die zu deren Schutz erforderlichen Massnahmen zu treffen.

3. Die in Absatz 2 erwähnten Sicherheitszonen können sich bis zu einem Abstand von 500 Metern um die erstellten Anlagen oder sonstigen Vorrichtungen erstrecken, von jedem Punkt ihres äusseren Randes an gemessen. Die Schiffe jeder Nationalität haben diese Sicherheitszonen zu beachten.

4. Diese Anlagen und Vorrichtungen unterstehen der Hoheitsgewalt des Küstenstaates, haben jedoch nicht die Rechtsstellung von Inseln. Sie haben kein eigenes Küstenmeer, und ihr Vorhandensein hat keinen Einfluss auf die Abgrenzung des Küstenmeeres des Küstenstaates.

5. Die Errichtung dieser Anlagen ist ordnungsgemäss bekanntzugeben; die Unterhaltung der erforderlichen ständigen Warnvorrichtungen ist sicherzustellen. Alle aufgegebenen oder nicht mehr benutzten Anlagen sind vollständig zu entfernen.

6. Anlagen oder Vorrichtungen und die sie umgebenden Sicherheitszonen dürfen nicht an Stellen errichtet werden, wo sie die Benutzung anerkannter und für die internationale Schifffahrt wesentlicher Seewege behindern würden.

7. Der Küstenstaat hat in den Sicherheitszonen alle geeigneten Massnahmen zum Schutz des biologischen Reichtums des Meeres gegen schädliche Einwirkungen zu treffen.

8. Alle an Ort und Stelle durchzuführenden Forschungen über den Festlandsockel bedürfen der Zustimmung des Küstenstaates. Dieser wird in der Regel seine Zustimmung nicht versagen, wenn das Ersuchen von einer berufenen Stelle vorgelegt

wird und ausschliesslich wissenschaftliche Forschungen über die physischen und biologischen Merkmale des Festlandsockels bezweckt; Voraussetzung ist, dass der Küstenstaat auf Wunsch an den Forschungen teilnehmen oder sich dabei vertreten lassen kann und dass die Forschungsergebnisse auf jeden Fall veröffentlicht werden.

#### **Art. 6**

1. Grenzt ein Festlandsockel an die Hoheitsgebiete von zwei oder mehr Staaten, deren Küsten einander gegenüberliegen, so grenzen diese Staaten die ihnen zugehörenden Sockelteile in gegenseitigem Einvernehmen ab. Kommt eine Einigung nicht zustande, so wird als Grenzlinie die mittlere Linie durch alle Punkte festgelegt, welche gleich weit entfernt sind von den nächstgelegenen Punkten der Basislinien, von denen aus die Breite des Küstenmeeres jedes dieser Staaten gemessen wird, es sei denn, dass besondere Umstände die Festlegung einer anderen Grenzlinie rechtfertigen.
2. Grenzt ein Festlandsockel an die Hoheitsgebiete zweier benachbarter Staaten, so grenzen diese den Sockel in gegenseitigem Einvernehmen ab. Kommt eine Einigung nicht zustande, so wird die Grenzlinie nach dem Grundsatz der gleichen Entfernung von den nächstgelegenen Punkten der Basislinien festgelegt, von denen aus die Breite des Küstenmeeres jedes dieser Staaten gemessen wird, es sei denn, dass besondere Umstände die Festlegung einer anderen Grenzlinie rechtfertigen.
3. Bei der Abgrenzung des Festlandsockels sind die nach den Absätzen 1 und 2 zu ziehenden Linien anhand von Karten und geographischen Merkmalen zu bestimmen, die zu einem gegebenen Zeitpunkt vorhanden sind; hierbei ist auf dauernd feststehende Punkte an Land Bezug zu nehmen.

#### **Art. 7**

Diese Artikel berühren das Recht des Küstenstaates nicht, den Meeresuntergrund, gleichviel wie tief das darüber befindliche Wasser ist, zur Anlage von Tunneln zu benutzen.

#### **Art. 8**

Dieses Übereinkommen wird bis zum 31. Oktober 1958 für alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder einer ihrer Spezialorganisationen, sowie jeden anderen Staat zur Unterzeichnung aufgelegt, der von der Generalversammlung eingeladen wird, Vertragspartei des Übereinkommens zu werden.

#### **Art. 9**

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

**Art. 10**

Dieses Übereinkommen steht jedem Staat, der einer der in Artikel 8 bezeichneten Kategorien angehört, zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

**Art. 11**

1. Dieses Übereinkommen tritt am dreissigsten Tage nach dem Tage der Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

2. Für jeden Staat, der das Übereinkommen nach der Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihm beiträgt, tritt das Übereinkommen am dreissigsten Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

**Art. 12**

1. Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung, der Ratifizierung oder dem Beitritt Vorbehalte zu den Artikeln dieses Übereinkommens mit Ausnahme der Artikel 1 bis 3 machen.

2. Jeder Vertragsstaat, der einen Vorbehalt gemäss Absatz 1 gemacht hat, kann diesen jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete diesbezügliche Mitteilung zurückziehen.

**Art. 13**

1. Nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tage des Inkrafttretens dieses Übereinkommens an gerechnet, kann jede Vertragspartei durch eine an den Generalsekretär gerichtete schriftliche Notifikation jederzeit einen Antrag auf Revision dieses Übereinkommens stellen.

2. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen entscheidet über die in Bezug auf diesen Antrag gegebenenfalls zu treffenden Massnahmen.

**Art. 14**

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und den anderen in Artikel 8 bezeichneten Staaten

- a) Die Unterzeichnung dieses Übereinkommens und die Hinterlegung von Ratifikations- oder Beitrittsurkunden gemäss den Artikeln 8, 9 und 10;
- b) den Tag, an dem dieses Übereinkommen gemäss Artikel 11 in Kraft tritt;
- c) die gemäss Artikel 13 gestellten Revisionsanträge;
- d) die gemäss Artikel 12 gemachten Vorbehalte zu diesem Übereinkommen.

**Art. 15**

Das Original dieses Übereinkommens, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt, der jedem der in Artikel 8 bezeichneten Staaten eine beglaubigte Abschrift übermittelt.

*Zu Urkund dessen* haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten dieses Übereinkommen mit ihrer Unterschrift versehen.

Geschehen zu Genf, am neunundzwanzigsten April neunzehnhundertachtundfünfzig.

*Es folgen die Unterschriften*

**Geltungsbereich am 23. September 2016<sup>3</sup>**

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N)	Inkrafttreten
Albanien	7. Dezember 1964 B	6. Januar 1965
Australien	14. Mai 1963	10. Juni 1964
Belarus	27. Februar 1961	10. Juni 1964
Bosnien und Herzegowina	12. Januar 1994 N	6. März 1992
Bulgarien	31. August 1962 B	10. Juni 1964
Costa Rica	16. Februar 1972	17. März 1972
Dänemark	12. Juni 1963	10. Juni 1964
Dominikanische Republik	11. August 1964	10. September 1964
Fidschi**	25. März 1971 N	10. Oktober 1970
Finnland	16. Februar 1965	18. März 1965
Frankreich* **	14. Juni 1965 B	14. Juli 1965
Griechenland*	6. November 1972 B	6. Dezember 1972
Guatemala	27. November 1961	10. Juni 1964
Haiti	29. März 1960	10. Juni 1964
Israel	6. September 1961	10. Juni 1964
Jamaika	8. Oktober 1965 B	7. November 1965
Kambodscha	18. März 1960 B	10. Juni 1964
Kanada* **	6. Februar 1970	8. März 1970
Kenia	20. Juni 1969 B	20. Juli 1969
Kolumbien	8. Januar 1962	10. Juni 1964
Kroatien	3. August 1992 N	8. Oktober 1991
Lesotho	23. Oktober 1973 N	4. Oktober 1966
Lettland	2. Dezember 1992 B	1. Januar 1993
Madagaskar	31. Juli 1962 B	10. Juni 1964
Malawi	3. November 1965 B	3. Dezember 1965
Malaysia	21. Dezember 1960 B	10. Juni 1964
Malta	19. Mai 1966 N	21. September 1964
Mauritius	5. Oktober 1970 N	12. März 1968
Mexiko	2. August 1966 B	1. September 1966
Montenegro* **	23. Oktober 2006 N	3. Juni 2006
Neuseeland	18. Januar 1965	17. Februar 1965
Niederlande** a	18. Februar 1966	20. März 1966
Curaçao	18. Februar 1966	20. März 1966
Karibische Gebiete (Bonaire, Sint Eustatius und Saba)	18. Februar 1966	20. März 1966
Sint Maarten	18. Februar 1966	20. März 1966
Nigeria	28. April 1971 B	28. Mai 1971
Norwegen**	9. September 1971 B	9. Oktober 1971
Polen	29. Juni 1962	10. Juni 1964

<sup>3</sup> AS 1972 2815, 1981 1239, 1984 834, 2007 4453, 2016 3257. Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereiches findet sich auf der Internetseite des EDA ([www.eda.admin.ch/vertraege](http://www.eda.admin.ch/vertraege)).

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N)		Inkrafttreten	
Portugal	8. Januar	1963	10. Juni	1964
Rumänien	12. Dezember	1961 B	10. Juni	1964
Russland	22. November	1960	10. Juni	1964
Salomon-Inseln	3. September	1981 N	7. Juli	1978
Schweden	1. Juni	1966 B	1. Juli	1966
Schweiz	18. Mai	1966	17. Juni	1966
Serbien* **	12. März	2001 N	27. April	1992
Sierra Leone	25. November	1966 B	25. Dezember	1966
Slowakei	28. Mai	1993 N	1. Januar	1993
Spanien* **	25. Februar	1971 B	27. März	1971
Südafrika	9. April	1963 B	10. Juni	1964
Swasiland	16. Oktober	1970 B	15. November	1970
Taiwan (Chinesisches Taipei)*	12. Oktober	1970	11. November	1970
Thailand**	2. Juli	1968	1. August	1968
Tonga**	29. Juni	1971 N	4. Juni	1970
Trinidad und Tobago	11. Juli	1968 B	10. August	1968
Tschechische Republik	22. Februar	1993 N	1. Januar	1993
Uganda	14. September	1964 B	14. Oktober	1964
Ukraine	12. Januar	1961	10. Juni	1964
Venezuela*	15. August	1961	10. Juni	1964
Vereinigte Staaten **	12. April	1961	10. Juni	1964
Vereinigtes Königreich** b	11. Mai	1964	10. Juni	1964
Zypern	11. April	1974 B	11. Mai	1974

\* Vorbehalte und Erklärungen.

\*\* Einwendungen.

Die Vorbehalte, Erklärungen und Einwendungen werden in der AS nicht veröffentlicht. Die Originaltexte können unter: [www.untreaty.un.org/](http://www.untreaty.un.org/) eingesehen oder bei der DV/EDA, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern, bezogen werden.

<sup>a</sup> Für das Königreich in Europa.

<sup>b</sup> Bis zum 30. Juni 1997 war das Übereinkommen auf Grund einer Ausdehnungserklärung des Vereinigten Königreichs in Hongkong anwendbar. Seit dem 1. Juli 1997 bildet Hongkong eine besondere Verwaltungsregion (SAR) der Volksrepublik China. Das Übereinkommen ist seither nicht in der SAR Hongkong anwendbar.

